



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Herrn seine Heiratsgeschichte“ kein Meltau gefallen sei. Die gnädige Frau habe noch gestern abend spät an den Herrn Kammergerichtsassessor — so lautete Dinkel Franzens Titel in der Welt — einen Brief geschrieben, mit dem heute ganz früh ein Bote hinübergeschickt worden sei. Der habe die Antwort zurückgebracht, der Herr Assessor werde gleich nach dem Frühstück selbst herüberkommen. Das sei, so lange er im Hause sei, noch nicht vorgekommen und deute, ebenso wie der plötzliche Weggang des Leutnants von Herzberg, auf irgendetwas Besondres, Unerwartetes, das sich entweder schon ereignet habe oder noch in Vorbereitung sei. Herzberg wurde von ihm als ein „sehr feiner“ Mann bezeichnet: vielleicht ahnt der Leser, wie man das in Frixens Augen wurde. Mit Frauenzimmern, das könne man ihm glauben, sei man keine Minute vor Überraschungen sicher. Da Frauenzimmer in Frixens Leben eine große Rolle spielten und deren Taufnamen, der eine hinter dem andern, einen Streifen von ziemlicher Länge gefüllt haben würden, so machte man sich nun auch, einem so erfahrenen Gewährsmann vertrauend, im Dienerzimmer und in der Küche auf losbrechende sensationelle Ereignisse Hoffnung.

(Schluß folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Das letzte Stadium des Wahlkampfes. Fürst Bülow über die Lage. Kolonialpolitik als Einigungspunkt der Parteien. Vom Zentrum und den Polen.)

Der Wahlkampf nähert sich seinem Ende, die Entscheidung steht nahe bevor. Leider gewinnt damit nicht die Sicherheit der Vorhersagung des Ausgangs. Im Gegenteil, die Meinungen und Leidenschaften stoßen heftiger denn zuvor aufeinander. Wenn man auch verschiedene Urteile darüber hört, so erkennt man doch sehr bald, daß sie mehr die Eigenart und das Temperament der Beurteiler selbst als eine objektive Beobachtung wiedergeben. Die einen glauben ehrlich, daß jeder in diesem Fall derselben Meinung sein müsse wie sie selbst, und berauschen sich an einem weitgehenden Optimismus; die andern gefallen sich mehr in der Rolle der Cassandra und weißagen Unheil. Es ist nun einmal nicht anders, gegenüber einem Vorgang wie der Reichstagswahl versagt alle Prophetenkunst. Auch dann, wenn man einen bestimmten Zug in der Stimmung der Massen zu erkennen glaubt, ist man nicht vor Überraschungen sicher, weil man nicht weiß, in welchem Maße eine solche Richtung praktische Geltung gewinnen wird. Man erinnere sich zum Beispiel der letzten englischen Wahlen. Zwar war jedermann überzeugt, daß der Liberalismus als Sieger hervorgehn werde, aber doch wurde alle Welt durch den vollständigen Zusammenbruch der alten konservativen Mehrheit überrascht. In unserm Wahlkampf kann man nur das eine als einen erfreulichen Zug feststellen, daß nämlich eine viel größere Tätigkeit und Regsamkeit unter Leuten zu bemerken ist, die sonst in der Wahlbewegung träge und gleichgiltig abseits standen.

Bei den Gegnern der nationalen Parteien wird freilich mit all dem Hochdruck gearbeitet, den die feste Organisation dieser Parteien ermöglicht. Leider sind die nationalen Parteien darin hinter ihren Gegnern zurückgeblieben. In der sozialdemokratischen Presse spiegelt sich die wilde Verhegung wieder, die den Wahlversammlungen das Gepräge gibt. Es wird alles aufgeboten, die nationalen Regungen in den Arbeiterschichten zu unterdrücken, alle höhern Ziele auszuweisen oder als

Lug und Trug hinzustellen und dafür zu sorgen, daß sich der Blick des Arbeiters nicht über die nächsten Kalamitäten des Lebens, über Fleischteuerung und Steuerdruck erhebt. Nichts darf davon verlauten, wie der weltwirtschaftliche Aufschwung, der durch Kolonialpolitik und Flottenbau unterstützt und gesichert wird, auf die Lage und die Aussichten der deutschen Arbeiter zurückwirkt, wie eben dadurch ein Ausgleich der wirtschaftlichen Erscheinungen gegeben werden kann, die den Arbeiter heute in der Sorge um das tägliche Brot bedrücken.

Dennoch scheint es übereilt, ohne weiteres anzunehmen, daß die Sozialdemokratie bei den Wahlen einen Zuwachs erfahren müsse. Ob diesmal das Heer der Mitläufer wieder so groß sein wird wie bei den Wahlen von 1903, steht doch nicht so ganz fest. Darauf deutet schon die Geschichte mancher Nachwahlen in den letzten Jahren hin.

Nicht minder arg als bei der Sozialdemokratie wird die Verheerungsarbeit beim Zentrum betrieben. Die Partei, die auf ihre Fahne die Devise: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht!“ geschrieben hat, scheut vor keiner noch so greifbaren Lüge zurück. Hier wird das Trugbild eines bevorstehenden Kulturkampfes vorgegaukelt, dort das Budgetrecht als in Gefahr stehend bezeichnet, und wenn Herr Erzberger darüber ertappt wird, daß er seine Behauptungen in Wahlversammlungen mit falschen Ziffern und ungeheuerlichen Begründungen gestützt hat, dann entschuldigt er sich hinterher mit „Druckfehlern“. Zwar hat das Zentrum klugerweise ein offenes Bündnis mit der Sozialdemokratie abgelehnt, dennoch aber arbeiten die schwarzen und die roten Brüder Hand in Hand.

Den nationalen Parteien ist die größte Sorge durch die Notwendigkeit bereitet worden, die Gegensätze von Rechts und Links mehr als sonst zurücktreten zu lassen. Es ist bekannt, wie schwierig es in der ersten Zeit nach der Auflösung des Reichstags war, die Unversöhnlichen auf beiden Seiten in gewissen Schranken zu halten. Man erinnert sich, wie die Kreuzzeitung aus Furcht vor starken Erfolgen des Liberalismus an der alten Freundschaft mit dem Zentrum festhalten wollte, und wie auf der andern Seite die Leute um Barth, Raumann und Gothein ihren stark zusammengeschmolzenen Heerbann gegen die Reaktion aufriefen, um ihn der Sozialdemokratie als Bundesgenossen zuzuführen. In der Hauptmasse der Konservativen und der Liberalen ist trotzdem das Verständnis durchgedrungen, daß dem gesunden Parteiorganismus durchaus nicht zu nahe getreten wird, wenn überall das Ziel: „Gegen Sozialdemokraten, Zentrum, Polen und Welsen“ als Grundlage der Verhandlungen betrachtet wird. Es handelt sich eben nicht um die allgemeine Verwischung der Parteigegensätze, sondern nur um die Anerkennung, daß über diesen Gegensätzen gewisse Fragen stehen, über die sich auch Konservative und Liberale verständigen müssen.

Die Regierung hat es an eifriger Aufklärung nicht fehlen lassen, und soeben hat auch Fürst Bülow persönlich noch einmal in den Wahlkampf eingegriffen, natürlich nur im Sinne einer neuen Darlegung der Grundsätze, von denen sich die Regierung hat leiten lassen. Es war in der konstituierenden Sitzung des kolonialpolitischen Aktionskomitees, wo der Reichskanzler persönlich das Wort ergriff. Die Versammlung selbst war eine geschlossene, aber die Rede des Fürsten Bülow wurde sofort veröffentlicht. Es ist darin noch einmal alles zusammengefaßt, was die Regierung über die Lage sagen konnte. Bemerkenswert erscheint vor allem die Hervorhebung, wie gerade die Kolonialpolitik geeignet ist, Konservative und Liberale zu vereinigen. Wir haben erst vor kurzem diesen Punkt wenigstens angedeutet. Für die heimischen Parteigegensätze ist in der Kolonialpolitik allerdings kein Raum. Die Voraussetzung für sie ist ein starker Staat, der das Machtprinzip energisch betont, der seine Kräfte stramm zusammenhält und nicht in einseitig

individualistischen Bestrebungen zerfließt. Bei dem Charakter und der geschichtlichen Entwicklung des deutschen Volkes kann das nur geschehen, wenn die konservativen Grundlagen des Staatswesens erhalten bleiben. Andererseits brauchen wir in den Kolonien selbst einen kräftigen Individualismus, ein Unabhängigkeitsgefühl von bürokratischer Schablone, eine gesunde Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit an neue Existenzbedingungen, Eigenschaften, die ihre Nahrung aus den liberalen Kreisen der Heimat schöpfen müssen. Auch die wirtschaftlichen Interessen, die in der Heimat so leicht zu Gegensätzen führen, müssen sich in der Kolonialwirtschaft in harmonischer Weise. Sozialpolitische Gegensätze sollten in diesem Neuland, wo die Deutschen als eine geschlossene Schar von Herren den Eingebornen gegenüberstehen, eine Unmöglichkeit sein. Keine der innern Ursachen unsrer Parteizerrissenheit trifft auf die Verhältnisse in den Kolonien zu. Wohl aber haben wir alle ein gleichmäßiges Interesse an der Erweiterung des Betätigungsraumes für unsre Nation. Wie wir schon früher auseinandergesetzt haben, ist der Widerstand unsers radikalen Liberalismus gegen die Kolonialbestrebungen eine Naturwidrigkeit und eine Inkonsequenz. Es ist sehr erfreulich, daß auch Fürst Bülow die einigende Kraft, die in den Kolonialbestrebungen liegt, so stark hervorgehoben hat.

Eine weitere Sorge der nationalen Parteien liegt in der Erwägung, daß es zwar vielleicht gelingen kann, der Sozialdemokratie, dem Zentrum, den Polen und den Welschen so viel Sitze abzunehmen, daß sie zusammen nicht mehr die Mehrheit im Reichstage haben, daß aber doch die Machtstellung des Zentrums nicht wesentlich erschüttert werden wird. Demgegenüber haben wir schon in der vorigen Woche auf die Broschüre des Professors von Savigny und den Düsseldorfser Aufruf der rheinischen Zentrumsnotabeln hingewiesen und daran die Meinung geknüpft, daß „das Zentrum, auch wenn es in derselben Stärke wieder in den Reichstag einziehen sollte, nach den jetzigen Erfahrungen über kurz oder lang einer innern Umwandlung nicht wird entgehen können“. Auch darauf möchten wir heute noch einmal zurückkommen. Das Zentrum enthält — das hat auch Fürst Bülow in seiner jüngsten Rede hervorgehoben — eine bunte Musterkarte von allen möglichen Anschauungen, die nur durch das katholische Bekenntnis zusammengehalten werden. Es beruht auf Silbenstecherei, wenn behauptet wird, die Partei sei trotzdem keine konfessionelle, weil das offizielle Programm nur politische Forderungen enthält und nur solche, die auch von Nichtkatholiken unterschrieben werden können. Alle diese politischen Forderungen sind so unbestimmt und dehnbar, daß sie praktisch niemals als Grundlage einer fest organisierten Partei verwandt werden könnten, wenn nicht ein unausgesprochenes, mächtigeres Prinzip dahinterstünde. Während sich daher die Zentrumspresse, um den Vorwurf der „konfessionellen Partei“ abzuwehren, einerseits daran klammert, daß auch ein Nichtkatholik Zentrumsmann sein könne, predigt sie andererseits ganz ungeschert, daß jeder Katholik Zentrumsmann sein müsse. Damit wird der Anspruch einer Vertretung spezifisch katholischer Anschauungen erhoben. Das hat die Partei während des Kulturkampfes auf ihre Höhe geführt, hat sie unter geschickter Führung auf ihrer Höhe erhalten, als der Staat seinen Frieden mit der katholischen Kirche machte, und hat ihr endlich die ausschlaggebende Stellung verschafft, als das Anwachsen der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage die Parteiverhältnisse immer mehr zuungunsten der nationalen Parteien verschob. Diese Entwicklung hatte eigentümliche Rückwirkungen auf den Charakter und die innern Zustände der Partei. Einerseits stärkte der sichere Machtbesitz die demagogischen Elemente, die der Kulturkampf großgezogen hatte, und die der Partei unentbehrlich geworden waren, weil sie sich zur Erhaltung ihres Besitzes in jedem Wahlkampfe rücksichtslos auf die breiten Massen stützen mußte. Andererseits wußten die Führer sehr wohl, daß die Macht auch Pflichten auferlegte, und daß man sich der Mitarbeit an den nationalen Aufgaben nicht entziehen durfte, um die

nationalgesinnten Katholiken nicht von der Partei abzustößen. So hat das Zentrum eine Entwicklung erfahren, die einen innern Widerspruch enthielt. Auf der einen Seite mußte es nationale Arbeit tun, auf der andern Seite verfiel es immer mehr der Demokratisierung. Das hat auch Professor von Savigny in seiner mehrfach erwähnten Broschüre sehr treffend hervorgehoben. Lange Zeit ist dieser Miß dadurch verkleistert worden, daß die Führer sorgfältig bemüht waren, jedes nationale Zugeständnis durch die Forderung von Sondervorteilen für die Partei oder durch Abschwächungen, die den Wünschen der demokratischen Elemente der Partei entsprechen, auszugleichen. Das hat sich am deutlichsten bei dem Flottengesetz und der Reichsfinanzreform gezeigt. Auf die Dauer konnte jedoch nicht verhindert werden, daß sich der Einfluß der demokratischen Elemente so geltend machte, daß den nationalgesinnten Katholiken der Anschluß an die Partei unmöglich gemacht würde. Diese Krisis trat ein, als der Kampf des Abgeordneten Erzberger gegen die Kolonialpolitik Formen annahm, die bei allen ernststen und wahrheitsliebenden Vaterlandsfreunden schweres Ärgernis erregen mußten. Die Sorge um die Einheit der Partei und die falsche Einschätzung der Entschlußkraft und Selbständigkeit der Regierung ließen die Führer der Partei trotzdem bei den alten Fehlern beharren. Nach dem 13. Dezember aber wird das Zentrum auf diesem Wege nicht mehr bleiben können. Es wird bei der Notwendigkeit, möglichst eine Vertretung aller Kreise der katholischen Bevölkerung zu bleiben, die Empfindungen der nationalgesinnten Katholiken nicht noch weiter gegen sich aufreizen dürfen. Auch Stimmen aus Süddeutschland, wo die demokratische Richtung des Zentrums am festesten wurzelt, haben sich schon in diesem Sinne ausgesprochen. Man darf nicht so weit gehn, daß man an eine Spaltung des Zentrums glaubt. Eine Partei, die durch so manchen Wandel der Zeiten hindurch die hervorragendsten Elemente zusammengehalten hat, spaltet sich nicht so leicht. Aber eine innere Umwandlung wird sie notwendig durchmachen müssen, um, wenn auch nicht eine Spaltung, so doch einen Abfall in stärkerm Maße zu vermeiden.

Besondres Ärgernis hat bei den nationalen Katholiken die Haltung des Zentrums in der Polenfrage erregt. Die deutschen Katholiken in der Ostmark haben sich in der Wahlbewegung eng ihren deutschen Landsleuten angeschlossen; die Zentrumsblätter im Reich scheuen sich jedoch nicht, ihnen in den Rücken zu fallen und zu bedauern, daß sie nicht den Polen ihre Unterstützung leihen. Und das in demselben Augenblick, wo die polnischen Bestrebungen immer mehr den Charakter der Auflehnung gegen die Staatsautorität annehmen. Schon seit längerer Zeit wächst der Radikalismus in der polnischen Nationalbewegung. Das ist eine Erscheinung, die ebenso auch in Galizien und Rußisch-Polen hervorgetreten ist und sich überall ebenso unter einem milden wie einem energischen Regiment gezeigt hat. Kennern des Polentums wird damit nichts neues gesagt, aber es ist doch notwendig, darauf hinzuweisen, weil von einigen Seiten immer wieder der Glaube zu erwecken versucht wird, die schärfere Tonart, die in den polnischen Agitationen angeschlagen wird, sei die Folge eines besondern Drucks und unzweckmäßiger Maßregeln von unsrer Seite. In Wirklichkeit handelt es sich um einen natürlichen Entwicklungsprozeß des polnischen Volks, das, obwohl politisch unselbständig und unter verschiedene Staaten geteilt, sich doch durch Sprache, Sitte und Geschichte weiter geistig verbunden fühlt, wirtschaftlich erstarbt ist und auf diesen Grundlagen ein Eigenleben weiter führt, das besondere, aus dem Nationalcharakter fließende Erscheinungen zeitigt. Dem erwachenden Selbstbewußtsein der slawischen Natur entspricht der wachsende Radikalismus. Recht ein Kind des internationalen Polentums ist auch die sogenannte nationaldemokratische Partei unter den Polen, die sich jetzt mit aller Kraft durchzusetzen und alle vergleichsweise gemäßigten Elemente zu verdrängen sucht. Es ist

sehr bezeichnend, daß Persönlichkeiten, die noch vor zwanzig Jahren als national-polnische Heißsporne galten, jetzt von den Nationaldemokraten direkt als Verräter und halbe Verräter verdächtigt werden. Solche Reibungen zwischen den polnischen Parteien haben sich bei den letzten Wahlkämpfen immer gezeigt; sie haben immer damit geendet, der Gesamtheit des Polentums einen weitem Ruck in das radikale Fahrwasser zu geben. Den Deutschen gegenüber fehlte es im entscheidenden Augenblick nie an der nötigen Geschlossenheit, und die kurzfristigen Beurteiler, die aus den hitzigen Parteikämpfen der Polen Hoffnungen auf eine Spaltung schöpften, wurden jedesmal bitter enttäuscht. Als Kuriosum mag immerhin erwähnt werden, daß in diesem Wahlkampf ein führendes Blatt der Polen in der Provinz Posen, als es sich von den wilden Angriffen der Radikalen bedrängt sah, zum erstenmal in der Lage war, auf das Beispiel der geschlossen vorgehenden Deutschen hinzuweisen. Das mag man wenigstens als ein gutes Vorzeichen auch auf diesem Kampfelde betrachten.

Nun müssen am 25. Januar die Würfel fallen.

„Die Presse.“ Die Bankettrede des Fürsten Bülow gab einem Teil der Berliner Presse Gelegenheit, ein seltsames Schauspiel zu bieten. Das Aktionskomitee der „Intellektuellen“ hatte den Plan, die Spitzen der deutschen Wissenschaft und Kunst mit dem Reichskanzler zusammen zu einem Bankett zu laden. Von politischen Persönlichkeiten waren nur der Kolonialdirektor Dernburg und einige Herren aus der nächsten Umgebung des Fürsten Bülow geladen. Das Aktionskomitee war der Ansicht, daß, wenn der Sinn der Veranstaltung gewahrt werden sollte, von einer Ladung der Journalisten abgesehen werden müßte. Wenn außer den siebzig Gelehrten und Künstlern dreißig bis vierzig Journalisten — weniger zu laden, hätte wieder Anstoß wegen der Auswahl erregt — an dem Bankett teilgenommen hätten, so wäre eben dessen Charakter ein total anderer gewesen.

Sene Berliner Blätter zeigten sich sehr indigniert über diese Argumentation. So etwas, konnte man lesen, wäre in England ausgeschlossen. Die Bedeutung der Presse werde verkannt. Bülow habe hinter verschlossenen Türen eine Rede gehalten. Da der Reichskanzler also selbst seine Worte als für die Öffentlichkeit ohne große Wichtigkeit erachte, so genüge es wohl, einen Auszug zu geben, usw.

Dieser femininen Nadelstichtaktik braucht vom Standpunkt des Geschmacks aus nichts entgegnet zu werden. Sachlich ist dagegen zu sagen:

Es ist ein Unterschied zwischen der Presse und den Herren Chefredakteuren. Die Bedeutung der Presse wurde bei der Bankettrede schon dadurch gewürdigt, daß das Wolffsche Telegraphenbureau, als Vermittler für die breiteste Öffentlichkeit, imstande war, eine Stunde nach Beendigung der Rede einen wörtlichen Bericht zu verbreiten. Die Öffentlichkeit und ihr Organ, die Presse, sind also sicherlich nicht zu kurz gekommen. Das Interesse der Öffentlichkeit war dadurch befriedigt, und die Herren Chefredakteure hätten nur als Persönlichkeiten, aber nicht als Vertreter dieses Interesses einen Anspruch auf Teilnahme gehabt. Sicherlich werden nun weder das Aktionskomitee noch Fürst Bülow diesen Persönlichkeiten den Grad von Bedeutung absprechen wollen, der sie als Persönlichkeiten zur Teilnahme an solchen Essen berechtigten würde. Dieses Essen aber sollte Gelehrte und Künstler vereinigen.

Der Satz: Wer die Redakteure nicht einlädt, schätzt die Presse nicht und verdient daher, nicht beachtet zu werden, ist aber nicht nur sachlich unhaltbar, sondern für die Vertreter der Presse selbst bedenklich. Die Herren der Presse würden gewiß die Würde ihres Standes mit weniger Empfindlichkeit wirkungsvoller wahren. Je größer, älter, sicherer ein Besitzrecht ist, mit desto größerer Selbstverständlichkeit

und geringerer Angftlichkeit wird es bewahrt. Wenn fich die Herren Redakteure ihrer Würde fo wenig ficher fühlen, daß fie fie durch eine nicht erfolgte Einladung bedroht glauben können, find fie unklug genug, Leuten, die dem Journalismus übel wollen, Anlaß zu falſchen und unangenehmen Vergleichen zu geben.

Otto von Leizners neuftes Buch. An Kapuzinaden gegen Zeittorheiten und Zeitlafter — gut gemeinten naiven, ſpekulativen und parteipolitifchen — haben wir Überfluß. Sie ſchaden im allgemeinen mehr, als fie nützen, weil fie übertreiben, Wahres mit Falſchem miſchen und weder die Quellen der Übel richtig anzugeben wiſſen noch einen gangbaren Weg zur Beſſerung zeigen. Otto von Leizner gehört nicht zu den auf Sensation ſpekulierenden oder im Unmut gedankenlos polternden Bußpredigern, ſondern er iſt ein kundiger Diagnostiker und Therapeut. In dem vorliegenden Büchlein: Fußnoten zu Texten des Tages (Berlin, Emil Felber, 1906) werden beſonders zwei große Übel ins rechte Licht geſtellt: „Die Kinder find heute zumeiſt ſchon bei der Geburt körperlich geſchädigt, und die erdrückende Überzahl der Mütter weiß nichts mehr von der Kunſt der Erziehung, die in den erſten Lebensjahren faſt nur von der Frau geübt werden kann.“ Von den falſchen Beſſerungsvorſchlägen und Reformbewegungen, die Leizner kritifiert, wollen wir nur zwei nennen: äſthetiſche Erziehung und Emanzipation der Frau mit allem, was drum und dran hängt. Gegen die äſthetiſche Erziehung ſchreibt er: „Wo hat es jemals ein äſthetiſches Volk gegeben? Als Dichter kann ich im Traumlande helleniſcher Schönheit wandeln, aber es iſt ein Traumland. Die Wirklichkeit war nicht schön. . . Nicht schön im Sinne eines verweichlichten Geſchlechts, nicht äſthetiſch iſt das Geſetz, nach dem ſich das Werden und Welken der Völker vollzieht. Es iſt hart, aber groß und erhaben, am größten dann, wenn es von den Völkern das Aufgebot aller männlichen Willenskraft verlangt. Wie unſre Lage, wie unſre Anlage iſt, würde ein äſthetiſches Deutschland den Fall und Verfall unſers Volkes bedeuten.“ Von der Frauenbewegung wird anerkannt, daß ſie in ihrem Urſprung durch die Behandlung, die das Weib vielfach vom Manne zu erdulden hat, gerechtfertigt geweſen iſt. Die zurzeit gefeierteſte Führerin, Ellen Key, wird an zwei verſchiednen Stellen charakterifiert. An der zweiten ſchreibt der Verfaſſer: „Sie mag es noch ſo gut meinen, mag ſelbſt in ihrem Leben ein Beiſpiel fleckenloſeſter Reinheit bieten. Aber ſie beſitzt weder Weltblick noch Menſchenkenntnis, und ſo ſchafft ſie in ihren Behauptungen und Ausführungen nur Gründe, mit denen der unreine Trieb ſein Recht, ſich auszuleben, erhärten kann.“ Von der Wirksamkeit dieſes neuen weiblichen Heilands in Berlin erzählt er: „Als ſie hier vor die Öffentlichkeit trat, hat man die Säle geſtürmt und ſich tatsächlich um den Eintritt geſchlagen. Unreife Mädchen und Jünglinge von ſiebzehn bis zwanzig Jahren lauſchten atemlos und mit brennenden Augen ihren Worten. Und ſie hörten, daß ein junger Mann und ein Mädchen, die ſich lieben, Mann und Weib ſeien. Sie hörten, daß die äußern Formen bedeutungslos ſeien, und daß es nur auf das Kind ankomme. Aber ſie lauſchten nicht als reine Seelen den Worten einer reinen Seele, ſie horchten als Kinder einer Zeit, wo verfrühte Sinnlichkeit Hunderttauſende ſchon in der Zeit des Werdens um die Keuſchheit des erſten Liebesgefühls betrogen hat. So deuten ſie ſich das Wort von Mann und Weib aus, ans Kind denken ſie gar nicht.“ Das Buch wird gleich den frühern ſozialethiſchen Schriften des Verfaſſers viel Segen ſtiften.

